

1. Die Stadtverwaltung prüft, ob es möglich ist, Kreisverkehre einfacher zu gestalten mit dem Ziel der Kosten- und Zeitersparnis bei der Umsetzung sowie Erleichterung für den Busverkehr (Beispiel Plaisir).
2. Die Verwaltung setzt sich dafür ein, dass die Ampelschaltung B14/Lerchenäcker morgens früher in Betrieb genommen wird, um einen reibungslosen Verkehr bei der Ein- und Ausfahrt zu gewährleisten.
3. Aufgrund zahlreicher Geschwindigkeitsüberschreitungen wird für die Verbesserung der Sicherheit beantragt, an der Plattenwaldallee (zwischen Martin-Dietrich-Allee und Stettiner Ring) in regelmäßigen Abständen Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen.
4. Die Verwaltung überprüft, wo Anwohnerparken und Besucherparken in verdichteten Wohngebieten ausgewiesen werden kann.
5. Die Stadtverwaltung prüft, ob es notwendig ist, die Anzahl der städtischen Vollzugsbeamten zu erhöhen.
6. Wir beantragen zur Verbesserung der Bürgerinformation, dass auf der Homepage sowie ggfs. weiteren Medien der Stadt Backnang zeitnah über die Arbeit des Gemeinderats und dessen Beschlüsse berichtet wird.
7. Wir beantragen, den Kindertagesstättenausbau mit Nachdruck zu verfolgen und eventuell durch Zwischenlösungen den Bedarf an Betreuungsplätzen zeitnah ausreichend zu decken.
8. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, den Ausbau der Betreuungsangebote an den Schulen voranzutreiben.
9. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Ferienregelungen und Dauer der Schließzeiten in den Ferien in unseren Kindertagesstätten vereinheitlicht werden können.
10. Die Stadtverwaltung legt den Entwurf eines Leitbildes/Verhaltenskodex zum Miteinander von Geflüchteten und Bürgern vor.
11. Die CDU Fraktion regt einen Runden Tisch „Wohnungsbau“ an, in dem Bauträger, die Städtische Wohnbau sowie die Stadtverwaltung Lösungen zur Realisierung von mehr bezahlbarem Wohnraum erarbeiten.

12. Der Flächennutzungsplan gehört dahingehend überarbeitet, neue Wohnbauflächen auszuweisen. Dabei ist darauf zu achten, dass größere Wohngebiete zukünftig durch mindestens zwei Zuwegungen erschlossen werden sollen.
13. Die Stadtverwaltung intensiviert die Suche nach neuen Flächen, die für die Gewerbeansiedlung geeignet und die verkehrsgünstig gelegen sind, beispielsweise entlang oder in der Nähe der B14 Richtung Stuttgart.
14. Die CDU Fraktion beantragt eine Klausurtagung zum Thema mittelfristige Zukunftsplanung der wachsenden Stadt Backnang mit Planung eines qualitativ guten Wachstums und Schaffung der entsprechenden Infrastruktur und Verkehrssituationen. Dabei sollen auch die erforderlichen Investitions- und Unterhaltskosten untersucht werden sowie deren langfristige Finanzierbarkeit.
15. Die CDU Fraktion beantragt die Überarbeitung der Prioritätenliste der zukünftigen Investitionsmaßnahmen mit Gewichtung der Notwendigkeit unter besonderer Berücksichtigung des notwendigen Ausbaus an Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen.
16. Die Stadt Backnang plant bei allen größeren Neubaugebieten/Nachverdichtungen eine ausreichende Versorgung mit Besucherparkplätzen, Grünflächen und Spielplätzen sowie wohnbereichsnahen Kinderbetreuungseinrichtungen ein.
17. Die Umkleideräume mit den zugehörigen Sanitärräumen in der Stadthalle sind in einem schlechten Zustand. Wir beantragen, die dringend erforderliche Sanierung bereits im Jahre 2018 vorzunehmen.
18. Wir beantragen die Einrichtung einer Toilette am Annonaygarten.
19. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit Fördergelder wie aus dem Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ zur Umrüstung des Städtischen Fuhrparks oder der im Stadtgebiet eingesetzten Busse genutzt werden können.
20. Die Stadtverwaltung berichtet, wie viele Elektroladestationen in der Stadt und den Stadtteilen vorhanden sind und welche Maßnahmen geplant sind, zeitnah weitere Ladestationen zu schaffen.

21. Wir beantragen den weiteren Ausbau des freien W-LAN am Bahnhof nach ersten Auswertungen der Erfahrungen im Gebiet Biegel und Rathaus. Der W-LAN Ausbau im Bürgerhaus soll unabhängig davon zeitnah umgesetzt werden.
22. Die Stadtverwaltung berichtet über die Planungen für den weiteren Ausbau bzw. Verbesserungen des Radwegenetzes und Fahrradabstellmöglichkeiten in Backnang.
23. Bei Projekten, die erkennbar zu kontroversen Diskussionen führen können, sollen zukünftig bei Bedarf auch externe Moderatoren eingeschaltet werden.